

Antrag

der Fraktion DIE LINKE.

Nein zum US-geführten Krieg gegen den Iran

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Angesichts der Bildung einer Anti-Iran-Koalition durch die US-Administration, anhaltender Truppenverlegungen der USA in Richtung Persischer Golf, und der Berichte über einen am 20. Juni 2019 in letzter Minute abgebrochenen Angriff der USA auf den Iran ist der internationale Frieden ernsthaft bedroht. Erneut soll offenbar nach dem Muster des Kriegs gegen den Irak 2003 mit neuen Kriegslügen ein massiver Angriffskrieg durch die USA in der Region vom Zaun gebrochen werden. Nach der einseitigen Aufkündigung des internationalen Atom-Abkommens mit dem Iran durch die USA kommt es fast täglich zu Zwischenfällen, bei denen mit der Vorlage fragwürdiger „Beweise“ ein Krieg legitimiert werden soll. Der Bundestag lehnt die Politik der autoritären Führung in Teheran ab, weist aber zugleich darauf hin, dass man kein Unterstützer der autoritären Führung in Teheran sein muss, um zu verstehen, dass ein Krieg gegen den Iran einen Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten auslösen würde, der viele Menschenleben kostet, die Region noch weiter destabilisiert und eine massenhafte Fluchtbewegung nach Europa auslöst. Ein Krieg gegen den Iran muss unbedingt verhindert werden. De-eskalation ist das Gebot der Stunde.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gegen die militärischen Drohgebärden der US-Administration öffentlich klar Stellung zu beziehen;
2. für den US-Aufmarsch am Golf die Überflugrechte und die Nutzung der US-Basen wie Ramstein zu verweigern;
3. im NATO-Rat jede Ausrufung des Bündnisfalls im Zusammenhang mit dem Iran abzulehnen;
4. sicherzustellen, dass sich Deutschland weder direkt noch indirekt an einem US-geführten Krieg gegen den Iran beteiligt.

Berlin, den 25. Juni 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.